

Menschenrechtssituation in Mexiko

Kriminalität

Die Kriminalitätsrate ist in Mexiko sehr hoch. In einigen Landesteilen haben die Drogenkartelle das Gewaltmonopol des Staates faktisch aufgehoben. Im Jahr 2019 starben etwa 35.000 Menschen aufgrund des Drogenkrieges (oder der nicht davon unterscheidbaren Kriminalität) Da in Mexiko nur etwa zwei bis sechs Prozent aller begangenen Straftaten aufgeklärt werden, herrscht faktisch Straflosigkeit.

Gewalt gegen Frauen um Mädchen

Berichten zufolge wurden von Januar bis November 2022 in Mexiko 3.450 Frauen getötet. 858 dieser Tötungen wurden als Feminizide untersucht – dies entsprach durchschnittlich 2,5 Feminiziden pro Tag. Die Regierung stigmatisierte weiterhin Feminist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Untätigkeit der Behörden bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt anprangerten. In einigen Bundesstaaten gingen die Sicherheitskräfte gewaltsam gegen protestierende Frauen vor.

Meinungs- u. Versammlungsfreiheit

Mexiko gehört weltweit zu den gefährlichsten Ländern für Journalist*innen.

Die Zahl der getöteten Journalist*innen und andere Medienschaffende blieb 2022 mit mindestens 153 auf Rekordniveau. Vielen der Opfer waren offizielle Schutzmaßnahmen gewährt worden. Straflosigkeit ist bei Verbrechen gegen die Presse die Norm; laut dem jährlichen Straflosigkeitsindex des CPJ gehört Mexiko durchgängig zu den zehn Ländern mit der höchsten Zahl an unaufgeklärten Journalistenmorden.

Verschwindenlassen

Am Jahresende waren mehr als 114.000 Menschen als vermisst bzw. verschwunden registriert und ist weiterhin hoch. Im Jahr 2023 registrierte die Nationale Suchkommission (CNB) mindestens 12.031 neue Fälle von vermissten Personen bzw. Opfern des Verschwindenlassens, darunter 8.426 Männer, 3.596 Frauen und 9 Unbekannte. Angehörige, die nach verschwundenen und vermissten Personen suchten, waren ernsthaften Gefahren ausgesetzt, sie wurden bedroht, selbst Opfer des Verschwindenlassens oder getötet.

Exzessive Gewalt

Die Militarisierung der inneren Sicherheit setzte sich fort, und die Beteiligung der Streitkräfte an entsprechenden Einsätzen wurde bis 2028 gesetzlich festgeschrieben. Die Nationalgarde ging bei mehreren Einsätzen mit exzessiver Gewalt vor.

Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Familien konnten ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung nicht geltend machen, weil es an Transparenz, Rechenschaftspflicht und dem Zugang zu den erforderlichen Informationen mangelte.

Menschenrechtsverteidiger*innen

Menschenrechtsverteidiger*innen wurden 2022 weiterhin bedroht, stigmatisiert, ungerechtfertigt inhaftiert, gefoltert und getötet.

Rechte indigener Gemeinschaften

Trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2020 verabschiedete das Parlament auch 2022 kein Gesetz, um das im Übereinkommen über indigene Völker (ILO-Konvention 169) garantierte Recht indigener Bevölkerungsgruppen auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Projekten, die sie betreffen, zu regeln.